

## Urnenabstimmung vom 2. März 2014

### Voranschlag 2014: Referendumsabstimmung

An seiner Sitzung vom 27. November 2013 hat das Gemeindep arlament den Voranschlag 2014 der Stadt Olten mit 28:16 Stimmen genehmigt. Er sieht bei einem Steuerfuss von 105% einen Verlust von 15.5 Mio. Franken vor. Gegen den Beschluss wurde erfolgreich das Referendum ergriffen, so dass es am 2. März 2014 zur Volksabstimmung kommt.

Das dem Gemeindep arlament am 27. November vorgelegte Budget 2014 präsentierte ein Defizit von 9'897'900 Franken. Die markantesten Kostensteigerungen betreffen die Bereiche Soziale Wohlfahrt und Schulbeiträge in der Bildung. Bei den Erträgen wurde der Wegfall der hohen Einnahmen bei den juristischen Personen vom Parlament nur teilweise durch eine Steuererhöhung auf 105% kompensiert; der Stadtrat hatte eine Erhöhung auf 115% beantragt. Dadurch erhöht sich das Defizit auf 15'502'800 Franken. Im Weiteren zeichnet sich ein markanter Rückgang der Vermögenserträge aufgrund fehlender Zins- und Dividendenerträge ab. Bereits eingeleitete Entlastungsprogramme sowie zusätzliche Einsparungen sollen die Ausfälle zumindest zur Hälfte decken.

#### Bereits deutlich gespart

Schon im März 2013 informierte der damalige Stadtrat das Gemeindep arlament, die im Jahr 2013 vorgesehenen Nettoinvestitionen seien auf Grund einer Verzichts- bzw. Verschiebep lanung um rund 12.2 Mio. Franken auf rund 16.5 Mio. Franken gesenkt worden. Im Rahmen von zwei Budgetkürzungsrunden konnten zudem in der laufenden Rechnung gesamthaft 2.9 Mio. Franken eingespart werden: 2.2 Mio. Franken beim Sachaufwand, 0.4 Mio. Franken beim Personalaufwand und 0.3 Mio. Franken bei den eigenen Beiträgen.

Für das Budgetjahr 2014 setzt sich die Entlastung somit gegenüber dem ursprünglichen Budget 2013 wie folgt zusammen:

Einsparungen Anfang 2013 (vor dem Entlastungspaket)	2.9 Mio.
Einsparungen in der ersten Phase des Entlastungspaketes	1.8 Mio.
<b>Total Einsparungen gegenüber dem verabschiedeten Budget 2013</b>	<b>4.7 Mio.</b>

Mit den genannten Einsparungen konnten die Kosten für Personal- und Sachaufwand bereits auf das Niveau des Jahres 2008 heruntergedrückt werden.

Kostenart	R06	R07	R08	R09	R10	R11	R12	B13	B14
Personalaufwand	43.0	43.3	45.1	43.8	45.4	46.6	47.8	48.4	45.4
Sachaufwand	13.8	14.8	16.0	16.5	16.7	16.6	17.0	18.1	15.3
Eigene Beiträge	26.2	27.9	29.5	22.4	24.9	25.3	30.5	28.1	28.7
<b>Total</b>	<b>83.0</b>	<b>86.0</b>	<b>90.6</b>	<b>82.7</b>	<b>87.0</b>	<b>88.5</b>	<b>95.3</b>	<b>94.6</b>	<b>89.4</b>

Kostenartenentwicklung ohne HPS

R= Rechnung B= Budget

Die Personalkosten konnten gegenüber dem Budget 2013 um 3.0 Mio. Franken oder 6.1% gesenkt werden. Der

Sachaufwand wurde um 2.7 Mio. (15%) auf 15.4 Mio. Franken reduziert. Die Beiträge erfuhren vom Budget 2013 auf das Budget 2014 eine Zunahme von 0.6 Mio. Franken. Diese sind auf die anhaltende Kostensteigerung in der Funktion der Sozialen Wohlfahrt, die Kostensteigerung im Bereich des Lastenausgleichs für die gesetzliche Sozialhilfe sowie die Rest- und Verwaltungskosten der Sozialregion zurückzuführen (+ 1.7 Mio. Franken). Gleichzeitig konnten die EL-Beiträge um 0.7 Mio. Franken reduziert werden. Im Bereich Bildung macht sich die Beitragserhöhung von 500'000 Franken für die gymnasialen und progymnasialen Abteilungen bemerkbar.

#### Massiv geringere Steuereinnahmen

In den Jahren 2012 und 2013 wurden die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen zu optimistisch budgetiert (2012: Budget 44.7 Mio., effektiv 22.7 Mio.; 2013: Budget 42 Mio., Erwartung 14.3 Mio.). Ohne Steuererhöhung wären die zu erwartenden Steuereinnahmen im Jahr 2014 ebenfalls um 27.7 Mio. Franken tiefer ausgefallen. Mit der bewilligten Steuererhöhung sind zusätzliche Steuereinnahmen von rund 7 Mio. Franken zu erwarten.

Das vorgesehene Nettoinvestitionsvolumen von 20.7 Mio. Franken ist deutlich unter den Vorjahreszahlen, angesichts der grossen Steuerausfälle aber immer noch sehr hoch. Der Stadtrat hat deshalb das erklärte Ziel, die Investitionen im laufenden Jahr gegenüber dem vom Parlament verabschiedeten Budget nochmals deutlich zu reduzieren. Ein grosser Teil des Investitionsvolumens ist für Vorhaben, welche vom Volk verabschiedet worden sind, vorgesehen. Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt im Hoch- und Tiefbau sind folgende Projekte mit Investitionstranchen im Jahr 2014 von über 600'000 Franken im Voranschlag enthalten:

- Sanierung Stadthaus ..... 6.0 Mio. Fr.
- Eissportanlage, Investitionsbeitrag ..... 6.0 Mio. Fr.
- Aufwertung Bahnhof Ost, Gestaltung Strassenräume ..... 0.8 Mio. Fr.
- Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule Olten ..... 0.7 Mio. Fr.
- ERO, Entlastung Region Olten ..... 3.0 Mio. Fr.

Sämtliche Investitionen müssen durch die Aufnahme von Fremdkapital finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei -0.4%. Durch den immer noch hohen Investitionsbedarf und die fehlende Selbstfinanzierung wird eine Verschuldung pro Einwohner in der Höhe von 1'385 Franken prognostiziert.

#### Referendum ergriffen

Das Parlament hat dem Budget 2014 am 27. November 2013 mit 28:16 Stimmen zugestimmt. Gegen den Parlamentsbeschluss wurde indessen mit 668 gültigen Unterschriften erfolgreich das Referendum ergriffen, so dass es am 2. März 2014 zur Volksabstimmung kommt.

Was geschieht, wenn das vom Parlament genehmigte Budget vom Volk abgelehnt würde? Der Stadtrat müsste in der Folge dem Parlament ein neues Budget vorlegen. Die Schwierigkeit würde dabei darin bestehen, dass nicht klar ist, was der Wille derjenigen ist, die mit der ersten Version des Budgets nicht zufrieden waren: Wurde das Referendum unterschrieben, weil für die Unterzeichnenden die bisher erfolgten Einsparungen zu gering sind oder weil sie – im Gegenteil – mit dieser oder jener bereits erfolgten Kürzung nicht zufrieden sind? Sind für die Unterzeichner die vom Parlament beschlossenen Steuersätze zu hoch oder aber sind sie ihnen zu tief und befürchten diese deshalb weitere Kürzungen bei Aufgaben, welche sie interessieren?

Hinzu kommt der Zeitfaktor: Die Behandlung einer neuen Budgetvorlage im Parlament wäre frühestens im kommenden April/Mai möglich, da sie vorher von Stadtrat und Verwaltung noch erarbeitet und von der Geschäftsprüfungskommission vorberaten werden müsste. Und im Falle einer neuerlichen Zustimmung im Parlament würde wiederum die 30-tägige Referendumsfrist laufen. Das heisst: die Einwohnergemeinde hätte bei einer Ablehnung des aktuellen Budgets an der Urne bestenfalls Anfang Juni ein genehmigtes Budget.

#### Was bedeutet das?

Die zeitliche Verzögerung hat grosse Auswirkungen. Schon jetzt führt das ergriffene Referendum zu einer Blockade, indem ein wesentlicher Teil der Ausgaben, insbesondere neue Ausgaben, ohne genehmigtes Budget gar nicht getätigt werden können; so können auch Aufträge an Dritte, darunter lokale Unternehmen, nicht ausgelöst werden.

Zu beachten gilt es auch, dass nach dem Inkrafttreten eines neuen Budgets – wie erwähnt frühestens Anfang Juni – aufgrund bestehender Reglementierungen und Verträge im laufenden Jahr gar keine grossen Einsparungen mehr möglich sind. So müssen zum Beispiel Stellenaufhebungen gemäss geltendem Personalreglement mindestens sechs Monate im Voraus angekündigt werden. Und es besteht die «Gefahr», dass die Politik bei einer Neuauflage des Voranschlags wieder auf bereits beschlossene Sparmassnahmen zurückkommt und sie rückgängig macht.

Hinzu kommt, dass bekanntlich in sehr vielen Bereichen ohnehin bereits aufwändige Prüfungsaufträge laufen, die entsprechenden Abklärungen aber noch Zeit brauchen, so dass Auswirkungen erst auf das Budget 2015, auf welches die Kräfte konzentriert werden sollten, möglich werden. Und seit der Budgetgenehmigung wurden – unter anderem wegen personeller Abgänge auf Grund der unsicheren Zukunft – bereits zusätzliche Reduktionsmassnahmen in der Stadtverwaltung ergriffen, die eigentlich erst in Prüfungsaufträgen enthalten und damit erst ab 2015 vorgesehen waren.

#### Oltn er Kosten im Vergleich

Übrigens: Die Verwaltungskosten in Olten schlagen nicht aus der Reihe, wie dies teilweise behauptet wird. Das zeigen die folgenden Vergleiche mit den beiden andern Solothurner Städten punkto Besoldungskosten und Kosten pro Funktionen:

## Besoldungskosten (in CHF, ohne Sozialversicherungskosten)

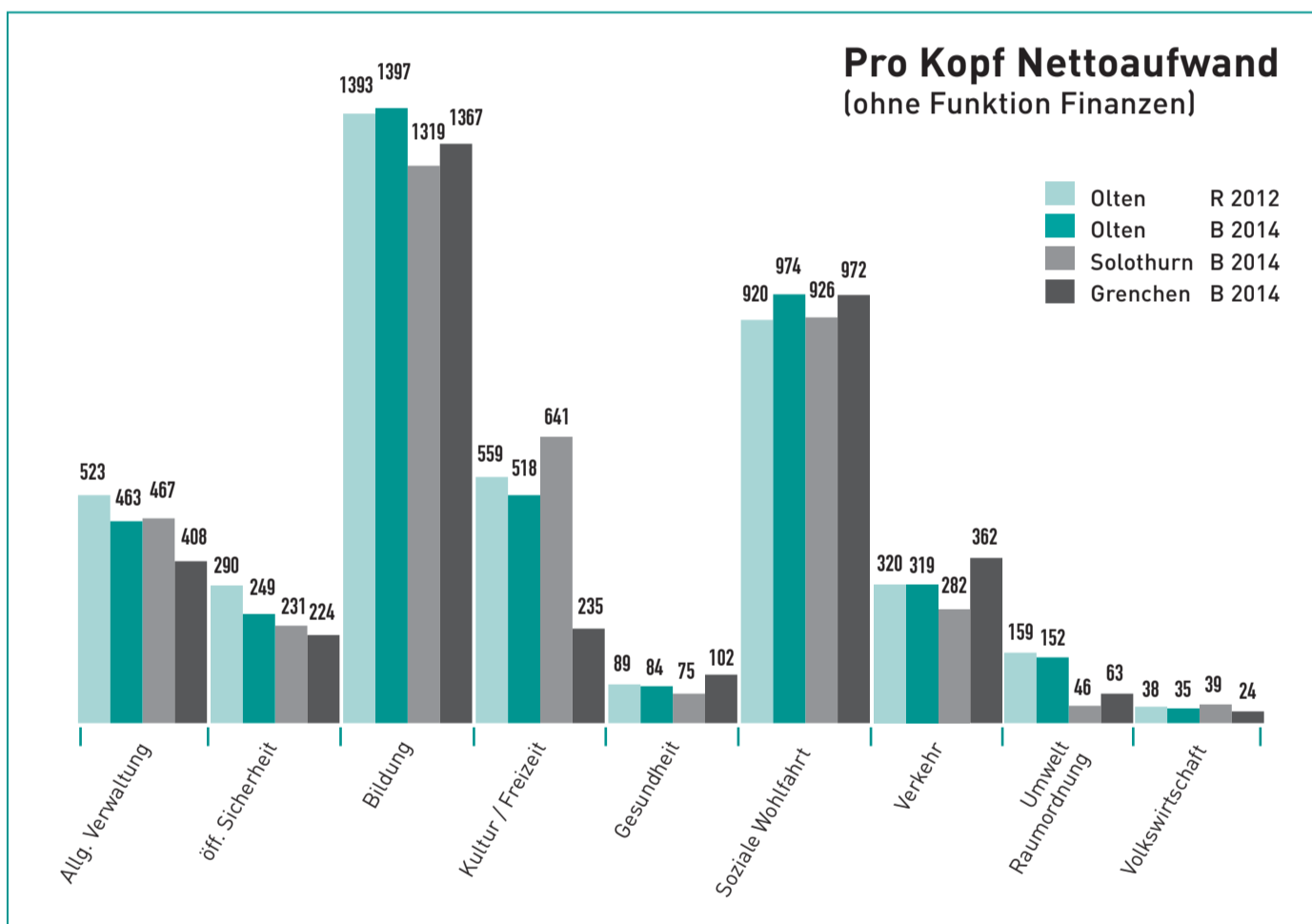
	Olten		Solothurn		Grenchen	
Bevölkerung 31.12.2012	17'212		16'460		16'223	
Budgetjahr	2013	2014	2013	2014	2013	2014
<b>Besoldungen Verwaltung</b> (o. Sozialdienst)	20'856'100	19'882'100	19'443'740	19'740'430	19'826'900	19'654'300
pro Einwohner/in	1'212	1'155	1'181	1'199	1'222	1'212
<b>Besoldungen Lehrpersonen</b>	22'986'300	16'936'100	16'676'430	13'919'110	16'680'400	15'182'000
pro Einwohner/in	1'335	984	1'013	846	1'028	936
<b>Besoldungen total</b>	43'842'400	36'818'200	36'120'170	33'659'540	36'507'300	34'836'300
pro Einwohner/in	2'547	2'139	2'194	2'045	2'250	2'147

Die Gegenüberstellung mit den Städten Solothurn und Grenchen zeigt, dass die **Besoldungskosten** in Olten nach den im Budget 2014 bereits ergriffenen Sparmassnahmen und nach der Ausgliederung der regional unterschiedlich grossen HPS (im Budget 2013 noch enthalten) keineswegs auffällig sind: Bei den Gesamtkosten pro Einwohner/in – inklusive vom Kanton vorgeschriebene Besoldungen für Lehrpersonen – liegt Olten (2'139) zwischen Solothurn (2'045) und Grenchen (2'147), bei den Besoldungskosten der Verwaltung pro Einwohner/in verzeichnet Olten mit Fr. 1'155 sogar den geringsten Wert. Kommt hinzu, dass seit der Erfassung des Budgets 2014 die Personalkosten der Oltner Verwaltung bereits zusätzliche Kürzungen nach Personalabgängen erfahren haben.

Vergleiche über die Kantonsgrenze hinweg gestalten sich als

sehr schwierig. So gibt Aarau beispielsweise keine detaillierten Zahlen bekannt und splittet nicht zwischen Verwaltungs- und Lehrpersonen auf; Liestal weist ein komplett anderes Aufgabengebiet auf, indem die Mehrheit der Aufgaben beim Kanton liegen.

Die in der Stadtverwaltung gezahlten Löhne sind zudem nicht höher als üblich in der öffentlichen Verwaltung, im Gegenteil: Während der Medianlohn in der öffentlichen Verwaltung schweizweit schon im Jahr 2010 Fr. 104'916 betrug, liegt er heute, das heisst vier Jahre später, in der Stadtverwaltung Olten mehr als Fr. 12'000 tiefer, nämlich bei Fr. 92'718. Zur Erklärung: Ein Median – nicht zu verwechseln mit dem Mittelwert oder Durchschnitt – teilt einen Datensatz in zwei Hälften, so dass die Werte in der einen Hälfte kleiner als der Medianwert sind, in der anderen größer.



Der Vergleich nach **Funktionen** zeigt – mit Ausnahme der vorwiegend durch übergeordnetes Recht gesteuerten Funktionen Bildung und Soziale Wohlfahrt – aufgrund der Sparmassnahmen mehr oder weniger deutliche Kostenreduktionen in Olten im Budget 2014 gegenüber der Rechnung 2012. Im Vergleich mit den andern beiden Solothurner Städten ist ersichtlich, dass – je nach politischer Gewichtung der ent-

sprechenden Funktion – in den verschiedenen Funktionen mal die eine, mal die andere Stadt obenaus schwingt. Die Differenz zu Solothurn erklärt sich weitgehend durch die höheren Kosten für die soziale Wohlfahrt in der Zentrumsstadt Olten sowie durch höhere Bildungskosten. Auch hier ist festzuhalten, dass in der Oltner Verwaltung seit der Erfassung des Budgets 2014 bereits weitere Einsparungen erfolgt sind.

## Steuerbelastung im Vergleich

Schliesslich zeigt auch die Gegenüberstellung der **Steuerbelastung** (Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuern) mit Aarau und Liestal, dass auch nach der vom Parlament beschlossenen Steuererhöhung die Stadt Olten den Vergleich,

insbesondere mit der baselländischen Kantonshauptstadt, nicht scheuen muss – wobei hier neben dem kommunalen Steuersatz die unterschiedlichen Belastungen durch die Kantonssteuern eine wesentliche Rolle spielen, wie der Vergleich mit Aarau zeigt. Solothurn und Grenchen liegen mit Steuersätzen von 115% bzw. 124% bei den Gemeindesteuern entsprechend höher als Olten.

Steuerbares Einkommen	Einzelperson, ledig				Familie, 2 Kinder unter 18 Jahren, 1 Verdienst				
	Olten	Aarau	Liestal	Olten	Aarau	Liestal	Olten	Aarau	Liestal
	bisher 95%	neu 105%		bisher 95%	neu 105%				
60'000	8'803	9'182	8'126	9'283	5'616	5'871	4'453	3'558	
100'000	19'020	19'772	18'549	21'973	14'067	14'660	12'305	13'918	
150'000	34'805	36'072	34'043	41'271	27'237	28'286	25'459	30'367	
200'000	51'806	53'587	51'012	62'484	43'929	45'460	41'857	50'636	

Quelle: Comparis

## Parlamentsbeschluss

- I. 1. Der Voranschlag 2014 der Laufenden Rechnung mit einem Mehraufwand von Fr. 15'502'800 wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 20'715'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehrrersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird auf 105% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird auf 105% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 569'600 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstabs Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 45'100 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 39'229'700 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 29 Millionen Franken aufzunehmen.

II. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

4600 Olten, 27. November 2013

Namens des Gemeindeparlaments der Stadt Olten:

Der Präsident: Dieter Ulrich  
Der Stadtschreiber: Markus Dietler

## Und so argumentiert das Referendumskomitee:

### Dramatische Situation fordert ausserordentliche Anstrengungen

Der Gemeinderat hat für das Jahr 2014 eine Steuererhöhung von 95 auf 105 Prozent und ein Budget mit einem Defizit von ca. 15,5 Mio. Franken verabschiedet. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen, damit das Volk seine Meinung sagen kann. In wenigen Tagen haben fast 700 Oltnerinnen und Oltner mit ihrer Unterschrift dieses Referendum unterstützt: Sie zeigen damit, dass aufgrund des enormen Ausgabenüberschusses auch schon im Jahre 2014 konsequenter gespart werden muss.

Eigentlich verlangt das Referendum etwas ganz einfaches: Die Verantwortlichen der Stadt sollen die Ausgaben nach den zur Verfügung stehenden Einnahmen ausrichten. So wie das jede Familie und jedes erfolgreiche Unternehmen auch machen muss. Die Stadt muss sich auf die Kernaufgaben konzentrieren und ihre personellen Ressourcen danach ausrichten.

Zusammen mit einem abgespeckten Budget für das Jahr 2014 soll der Stadtrat gleichzeitig aufzeigen, wie er das ganze Defizit innert drei bis fünf Jahren ohne weitere Steuererhöhungen – damit die Stadt Olten attraktiv bleibt – abbauen will.

Wir ersuchen deshalb die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten, das vorliegende Budget abzulehnen. Das heisst, Sie müssen NEIN stimmen. Nur mit einem NEIN erhält der Stadtrat den Auftrag, eine Trendwende einzuleiten und ein neues, akzeptables Budget zu erarbeiten.

Das Referendumskomitee mit Böbes Aerni, Adolf C. Kellerhals, Adrian Steinbeisser und Edi Stuber